Nr. 10. 13. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Der Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen (Nr. des Postkatalogs 3248) ohne Bringegeld vierteljährlich M. 4,20; durch die Kolportöre wöchentl. 36 ₰ frei in's Haus. Einzelne Nummer 6 ₰. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redaktör: Gustav Wabersky in Hamburg.

Donnerstag, den 12. Januar 1899.

Anzeigen
werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermiethungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abds.), sowie in sämmtl. Annoncen-Büreaus.
Redaktion und Expedition: Große Theaterstraße 44 in Hamburg.

Hierzu eine Beilage.

Die Wendung in Nordamerika.

Wenn die Nordamerikaner vielleicht der Meinung gewesen sind, ein Eroberungskrieg sei für eine Republik weniger verhängnißvoll als für eine Monarchie, so dürften sie nunmehr einsehen, daß sie in einer großen Täuschung befangen gewesen sind. Denn mit großer Schnelligkeit erwächst eine unliebsame Konsequenz nach der anderen aus den Siegen von Manila und Santiago. Am bedenklichsten dürften sich die Dinge auf den Philippinen entwickeln, wo ein langer und grausamer Krieg um den Besitz der ganzen Inselgruppe zwischen den Eingeborenen und den Nordamerikanern zu einer sehr naheliegenden Möglichkeit geworden ist. Man kann aus der Ferne die dortigen Ereignisse nur sehr schwer beurtheilen, da die amerikanischen, spanischen, englischen und deutschen Berichte über dieselben gleich tendenziös gefärbt sind. Nur so viel scheint uns festzustehen, daß die Tagalen auf den Philippinen einen schwer zu beugenden Unabhängigkeitssinn in sich tragen, der den Amerikanern eine Quelle unabsehbarer Verlegenheiten und Konflikte geworden ist. Das kommt zum Theil wohl daher, daß die nordamerikanische Regierung es an einem bestimmten und befriedigenden Programm für die Zukunft der Inseln hat fehlen lassen. Die Kubaner scheinen vorläufig zum größten Theil damit befriedigt zu sein, daß der spanischen Räuberherrschaft ein Ende bereitet worden ist. Was nun werden wird und ob für Kuba als neues Glied der Union nun bald dieselben Rechte und Freiheiten eintreten werden, wie für die übrigen unter dem Sternenbanner vereinigten Staaten, dafür scheint eine Gewißheit noch nicht vorhanden zu sein. Die Tagalen sind viel mißtrauischer, sie wollen die spanische Herrschaft nicht einfach mit einer Yankeeherrschaft vertauschen, und darin haben sie Recht. Es fragt sich nur, ob und wie lange sich die Tagalen der Nordamerikaner werden erwehren können.

Die Unsicherheit der Situation und die Befürchtung der Yankees, daß eine dritte Macht ihnen die Kriegsbeute noch streitig machen könne, hat die Union rasch dem Militarismus entgegen getrieben, mit anderen Worten, die sogenannte imperialistische Bewegung scheint Oberwasser gewonnen zu haben. Große Heeresvermehrungen erscheinen den republikanischen Eroberungspolitikern nothwendig, nach deren Durchführung die große Union ein Militärstaat wird genannt werden müssen. Denn die Verstärkungen beziehen sich nicht nur auf das Landheer, sondern auch auf die Flotte, und man vergißt manchmal, daß eine Flotte auch ein Stück Militarismus ist, und zwar ein sehr kostspieliges. Wenn die Nordamerikaner ihre Flotte auf der bisherigen Höhe halten und mit den übrigen Seemächten konkurriren wollen, werden sie eine stattliche Anzahl von Millionen für die Flotte anlegen müssen.

Im nordamerikanischen Parlament tröstet man sich mit der Annahme, daß die Heeresvermehrungen nur zwei Jahre dauern sollen; nach Ablauf dieser Frist wird, so glaubt man, der Bestand des Heeres wieder verringert werden. Diese Hoffnung däucht uns eine vollkommen chimärische. Denn die einmal eingeschlagene Eroberungspolitik wird es den „Imperialisten“ nicht mehr räthlich erscheinen lassen, wieder abzurüsten, sie werden, wie es in anderen Militärstaaten bekanntlich auch geschieht, die erhöhten Rüstungen für nothwendig erklären, „um den Frieden zu erhalten“. Der Militäretat der großen Union wird dann einer der größten sein, denn er enthält bekanntlich einen umfangreichen Pensionsetat, was ja an und für sich ganz gut ist, denn die Versorgung der Militäriwaliden und Veteranen in der Union ist ziemlich reichlich. Aber wenn man zu diesen Ausgaben dann noch die Millionen hinzurechnet, welche der Unterhalt und der Ausbau der Marine erfordert, dann kommt eine Summe zusammen, welche auch den auf ihre reichen Hülfsquellen pochenden Amerikanern unheimlich erscheinen dürfte.

Indem Nordamerika sich in einen Militärstaat verwandelt und in der Weltpolitik als direkter Konkurrent der übrigen großen Mächte auftritt, verstärkt sich noch die Spannung, die bereits in der ganzen Welt vorherrscht und die immer die Befürchtung vor einer großen, die ganze Kulturwelt umfassenden kriegerischen Katastrophe wachhält. Die bisherige reine Friedenspolitik der Union durch reine Eroberungspolitik ersetzt — da müssen eine Reihe ganz neuer Fragen von selbst sich aufrollen und neue Verwicklungen in Menge entstehen.

Für den oberflächlichen Beobachter sieht es eminent trostlos aus, wenn ein Land, in dem man bisher auf politische und bürgerliche Freiheit sich so viel zu Gute that, nun mit einem Male dem Militarismus anheimfällt. Dieser wird nicht nur die Union von der Erfüllung eigentlicher Kulturaufgaben, die bisher etwas ganz Selbstverständliches war, vielfach abziehen. Er wird auch die politische Freiheit bedrohen und wird Forderungen stellen, die wie bei uns zu politischen Krisen, zu Konflikten von Parlament und Regierung führen können.

Die bürgerlichen Friedensapostel sind denn auch voller Verzweiflung über die plötzliche Verwandlung des Oelzweigs, den sonst die Union in der Hand trug, in ein blinkendes Schwert. Manche von ihnen setzen immer noch ihre Hoffnung auf den Zaren und sein Friedensmanifest und glauben beim russischen Despotismus zu finden, was die bürgerliche Republik nicht gewähren kann.

Eine tiefe Auffassung ist das grade nicht. Die „Gleichheitsflegelei“ in der großen Union ist eitel Windbeutelei, wenn sie etwa wirkliche Gleichheit der Bürger dieses Gemeinwesens darstellen soll; sie ist höchstens eine Gleichheit in gewissen „nationalen“ Unarten, wie sie übrigens eine jede Nation hat. Die Ungleichheit der sozialen Schichten tritt in der Union so kraß hervor, wie in einem beliebigen anderen Klassenstaat. Die Behandlung und Beurtheilung der Tramps z. B., der „Vagabunden“ in Nordamerika, seitens der Yankees ist so roh und so unmenschlich; wie nur jemals bei einem deutschen Mastbürger, und der Farmer, der einen almosenheischenden Wanderer von dannen hetzt, betrachtet die Arbeitslosigkeit ebenso als ein Verbrechen, wie der deutsche Bauer.

Der Klassenstaat muß auch in Nordamerika, wenn er abwirthschaften soll, erst den Höhepunkt seiner Widersinnigkeit überschritten haben. Dies geschieht in Nordamerika dadurch, daß die große Bourgeoisie, die sich als Beherrscherin eines so gewaltigen Gemeinwesens fühlt, in Konkurrenz tritt mit den Militärmächten der alten Welt; sie will sich nicht nur Reichthümer und Macht, sondern auch Ruhm und Glanz erwerben. Dies Bestreben mußte bei der ersten Gelegenheit hervortreten, und der spanisch-amerikanische Krieg hat sie gebracht. Damit ist aber auch das Werk der Washington und Genossen in seinen Grundlagen erschüttert; die Gedanken der Stifter der großen Union sind ad absurdum geführt, sind verzerrt.

Unter diesem Gesichtspunkte betrachtet, bietet die Union das Bild eines bürgerlichen Gemeinwesens, das bereits in seinen Auflösungsprozeß eingetreten ist. Die Interessen der herrschenden und der beherrschten Klassen müssen noch schärfer miteinander in Widerstreit gerathen, als bisher.

Das wird ungemein dazu beitragen, das Klassenbewußtsein bei den nordamerikanischen Arbeitern zu wecken und die ganze Arbeiterbewegung gewaltig anschwellen zu lassen. Denn alle die kulturwidrigen Erscheinungen unserer Zeit sind auch „ein Theil von jener Kraft, die stets das Böse will und doch das Gute schafft“.

Selbstverständlich werden darum die klassenbewußten amerikanischen Arbeiter nicht minder entschiedene Gegner des „Imperialismus“ und des Militarismus sein.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 10. Januar. Allmälig kommt das alltägliche Leben des neuen Jahres ganz in Fluß. Auch das parlamentarische Leben des Deutschen Reiches hat heute begonnen. Ganz alltäglich ging es zu. Der Präsident theilte die üblichen Glückwünsche mit, die Schriftführer verlasen eine Anzahl eingegangener Schreiben, und da die Schreiben im Original an das stenographische Büreau gehen, werden sie so leise verlesen, daß selbst die Stenographen keine Silbe davon verstehen. Die Abgeordneten, die den Inhalt der Schreiben kennen möchten, können Einsicht in dieselben nehmen, oder sie warten 30 Stunden, dann können sie im Stenogramm selbst lesen, was vorgelesen worden ist. Die Unterhaltung der Abgeordneten wurde erst etwas gestört, als der Präsident dem verstorbenen bisher ältesten Mitglied des Hauses, Dieden, einen warm empfundenen Nachruf widmete. Die Alltäglichkeit hielt auch noch an, als die Debatten begannen. Denn was ist alltäglicher in der deutschen Gesetzgebung als die Klagen der Landwirthschaft.

Nur eins war neu in der Sache. Der neue Vorsitzende vom Bunde der Landwirthe hielt seine Jungfernrede. Hätte statt Frhr. von Wangenheim Herr von Plötz diese Rede gehalten, dann wäre sie heiterer gewesen. Bei Herrn von Plötz war jeder Zoll ein Don Quixote; und nun, da er todt ist, bedauern wir aufrichtig den Verlust. Der Nachfolger des Herrn von Plötz macht einen recht sympathischen Eindruck. Er wird wenig Vortheil von der Feriennuße gehabt haben, denn was seit Monaten in den konservativen und agrarischen Blättern und Zeitschriften an Ableugnungen der Fleischnoth geleistet worden ist, hatte Herr von Wangenheim sorgfältig zusammengesucht und trug jeden Satz und jede Ziffer vor.

Einmal war er nahe daran, als agrarisches Klageweib aus der Rolle zu fallen. Er sprach von den technischen und wissenschaftlichen Fortschritten und theilte mit, daß bei der jetzigen rationellen Fütterung das Vieh viel schneller wächst und daher bei derselben Anzahl von Rindvieh und Schweinen ein viel größeres Quantum Fleisch auf den Markt kommt. Bei diesem Theil der Rede haben wir Plötz am meisten vermißt. Der alte Herr hatte Temperament, und er hätte den Satz, daß wir jetzt viel größere Ochsen haben als früher, viel glaubhafter vortragen können. Die ökonomischen Folgen des Fortschritts werden doch sonst von den Agrariern geleugnet.

Interessanter wurde die Debatte auch nicht durch die Rede des Grafen Posadowsky. Er las erst den Fragebogen vor, den der Reichskanzler an die Regierungen verschickt hat. Die Regierungen haben die Landwirthschaftskammern u. s. w. befragt und so in manchen Fällen Antworten erhalten, die die Agrarier hören wollten. Nicht selten sind dieselben Herren, welche als Mitglieder der Landwirthschaftskammer Gutachten abgeben, dieselben Leute, welche als Mitglieder des Bundes der Landwirthe und als Großgrundbesitzer die Absperrungen gefordert haben. Hätte der Reichskanzler wirklich ein Bild von den Folgen der Absperrungen haben wollen, dann hätte er nicht nur dort anfragen müssen, wo die Auskunftspersonen mehr oder weniger am Fleischhandel selbst betheiligt sind, sondern er hätte auch Hausfrauen hören müssen. Vielleicht hätten die Frauen der Postbeamten, der Eisenbahnbeamten und Arbeiter ihm viel besser sagen können, wie die Absperrung wirkt, als viele der besagten Behörden, die sich in ihren Mittheilungen meistens an Ziffern halten, die auch aus den Marktberichten der Zeitungen zu erfahren sind.

Mehr Interesse erweckte die Debatte erst, als der freisinnige Abgeordnete Fischbeck die Wirkungen vorführte, die jene Maßregeln bei den Konsumenten und den Schlachtern gehabt haben. Eine Unzahl von Mittheilungen aus den Grenzbezirken stellten die Maßregeln in grelle Beleuchtung. Während Wangenheim und Posadowsky die angebliche Veranlassung als die wirkliche Ursache der Absperrung angeführt hatten, nämlich sanitäre und veterinärpolizeiliche Gründe, und Fischbeck gezwungen war, diese „Gründe“ zu bekämpfen, schob der baierische Kaplan und Bauernbündler Gerstenberger die ganze Diskussion auf ein anderes Gebiet, indem er die Absperrungen als Maßregel zu Gunsten der Agrarier behandelte. Gerstenberger bestreitet aber, daß die Maßregel schon so gewirkt hat, wie sie nach Ansicht der Agrarier wirken soll. Nach seinen Ausführungen ist nicht allein keine Fleischnoth vorhanden, sondern noch ein Ueberfluß an Schlachtvieh. Er weiß mindestens ein halbes Dutzend fetter Ochsen, die schon seit Wochen zum Verkauf bereit stehen und bisher noch keinen Käufer gefunden haben. Wenn die Fleischpreise gestiegen sind, so haben nach Gerstenbergers Ansicht die Zwischenhändler es verschuldet. Er sagt: Wenn erst drei bis vier Personen ihre Hände in dem Ertrag waschen, dann bleibt nichts für den Produzenten übrig. Die Klagen über das Unheil des Zwischenhandels waren sehr interessant und fanden auf der rechten Seite lebhaften Beifall. Vielleicht lassen sich diese Ausführungen gut verwenden, wenn die Rechte und das Zentrum einmal wieder „Mittelstandspolitik“ treiben und zum Schutze der Kleingewerbetreibenden Gesetze gegen die Konsumvereine machen wollen.

Auch der preußische Landwirthschaftsminister Freiherr v. Hammerstein-Loxten mußte reden. Es war auch die höchste Zeit, die Debatte wieder in das offizielle Geleise zu bringen. Er kennt natürlich nur sanitäre und veterinärpolizeiliche Maßregeln. Diese Gründe werden auch immer im „Reichsanzeiger“ genannt. Nun sind aber doch die Grenzen der verseuchten Gebiete nicht identisch mit den Landesgrenzen. Die Absperrung ist aber immer an der Landesgrenze. Herr v. Hammerstein konnte aber nicht die Trichinen, Bakterien und sonstige Schädlinge allein verantwortlich machen. Er wies auch darauf hin, daß es nöthig sei, die inländische Produktion an Vieh und Getreide so zu steigern, daß wir im Kriegsfalle versorgt sind. Im Kriege, so führte er aus, wird uns die Zufuhr auf dem Seewege abgeschnitten. Wie anders klang dieses Lied doch im vorigen Jahre. Da mußten wir die Flotte haben, um die Seezufuhr offen halten zu können, und alle Minister haben versichert, daß dies möglich sei, wenn die Vorlage angenommen werde. Jetzt ist die Vorlage angenommen und wieder wird das Gespenst der abgesperrten Zufuhr heraufbeschworen. Gewiß wäre es eine große Kulturerrungenschaft, wenn die Erträgnisse der Landwirthschaft so gesteigert würden, daß sie zur Befriedigung der heimischen Bedürfnisse reichen. Hierzu sind aber andere Mittel als Absperrungsmaßregeln nöthig. Da muß die Lage der Landarbeiter verbessert werden, damit sie Kraft und Geschick zur intensivsten Arbeit erlangen. Freilich kann durch die Absperrung auch Produktion und Konsumtion in Einklang gebracht werden, aber dann wird dieser Einklang nur dadurch erzielt, daß durch die Theuerung die Konsumtion auf das Maß der Produktion herabgedrückt wird. Dieser Weg ist aber nicht nur kulturfeindlich, sondern gradezu ein Verbrechen am Volke.

Herr von Hammerstein wollte unter allen Umständen lauten Beifall von den Konservativen haben und suchte diesen dadurch zu erlangen, daß er behauptete, die Reden von der linken Seite des Hauses klängen, als wenn sie im amerikanischen Parlament gehalten seien. Nur ein Ozean liegt zwischen den Anschauungen der Herren von der Rechten und der Linken. Die Junker spendeten dem Minister bei diesen Ausführungen denn auch den erwünschten Beifall. Auch sie sehen den Menschen, der vernünftige Ansichten äußert, nur noch ganz im fernen Westen. Sie glauben, der Mann muß schon in Amerika sein. In diese Täuschung verfallen sie, weil sie nicht ahnen, daß sie mit ihren Ansichten so weit nach Osten gerückt sind, daß sie sich damit bereits hinter Rußland befinden.

Nun war noch ein Geheimrath dazu bestimmt, die Wirkung der Viehsperre auf die Armeeverpflegung vorzuführen. Der Mann hatte eine Rede ausgearbeitet, die den Beifall des Kriegsministers und des Landwirthschaftsministers gefunden hatte. Er hatte diese Rede so gut einstudirt, daß er sie schon mit rasender Schnelligkeit hersagen konnte. Von dieser Einstudirung legte er eine Probe ab, ohne irgend welchen Eindruck damit zu machen.

Herr Reinhart Schmidt, der 2. Vizepräsident des Reichstages, dementirt in den Elberfelder „Neuesten Nachr.“ deren gestern auszugsweise von uns mitgetheilte Meldungen über die Vorgänge beim Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Kaiser. Herr Schmidt legt Werth darauf, „in der Oeffentlichkeit festzustellen, daß ich zu dem Artikel in keinerlei Beziehungen stehe und daß die in demselben gegebenen Schilderungen ebenso unrichtig und entstellt sind, wie die den Betheiligten, so auch mir in den Mund gelegten Aeußerungen“.

Herr Schmidt giebt weiter seinem tiefsten Bedauern über das Erscheinen des Artikels Ausdruck, vermeidet aber sorgsam, nun seinerseits zu sagen, was vorgekommen. Die Welt erfährt somit weder, ob Herr Schmidt sich überhaupt eine Auslassung erlaubt hat, noch ob sie mehr oder weniger freisinnig-mannesmuthig gelautet hat, als berichtet wurde, noch auch, ob der beregte Anlaß zu einer Erwiderung gegeben wurde.

Gegen die zweijährige Dienstzeit läuft die „Kreuzztg.“ abermals Sturm in einem langen Artikel, in welchem sie ein gewundenes Elaborat der „Nordd. Allgem. Ztg.“ als Beweis für die Thatsache erklärt, daß die zweijährige Dienstzeit sich nicht bewährt habe. Das Junkerblatt sucht die Regierung scharf zu machen zur baldigen Abschaffung der verkürzten und Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit. „Daß auch dem wüstesten Geschrei gegenüber eine entschlossene Regierung Stand zu halten vermag, hat Preußen seinerzeit und zwar in derselben Frage zu seinem und des Reiches Heile bewiesen“ . . . Nach dieser Probe darf man sich also darauf gefaßt machen, daß die ganze reaktionäre Presse nächstens gegen die zweijährige Dienstzeit einen wohlorganisirten Feldzug eröffnen wird. Wenn das Volk, das die Militärlasten zu tragen hat, nicht rechtzeitig protestirt, wird es vielleicht seine Passivität bitter zu bereuen haben.

Eine Volkskundgebung für eine Politik, die tief im Volksbewußtsein wurzelt, nennt der „Hambg. Corresp.“ die Haderslebener Fackelzuggeschichte zu Ehren Köllers, des Einzigen, in einem Artikel, an dem sonst nur noch folgende Schlußsätze von Interesse sind:

„Der Grundsatz, daß Ausländer nirgends geduldet werden sollen, wo sie von der inländischen Agitation zur Verstärkung des staatsfeindlichen Elementes herangezogen und mißbraucht werden, bildet die Grundlage nicht für eine Kampfes-, sondern für eine organische Politik und muß immer und überall zur Anwendung gebracht werden — nicht blos in Nordschleswig. Denn kein Staat kann und darf mit verschränkten Armen zusehen, daß seinen Gegnern vom Auslande die Waffen geliefert werden, mit denen der staatliche Bestand bekämpft werden soll. Und grade dieser organische Gedanke der jetzigen nordschleswigschen Politik giebt die sichere Gewähr dafür, daß die preußische Staatsregierung den einmal betretenen Weg nicht verlassen wird.“

Eine schöne „organische Politik“, die durch Verfolgung Unschuldiger Haß und Verbitterung im eigenen Lande nährt und die Beziehungen zum Ausland gefährdet! Und auf wie schwachen Füßen muß der „staatliche Bestand“ stehen, der durch so gefährliche Waffen, wie vom Auslande kommende arme Dienstmädchen und indifferente Knechte, Lehrlinge ꝛc., gefährdet werden kann. Armes Deutsches Reich, das hast Du trotz Deiner vielen Sünden nicht verdient, so vor aller Welt bloßgestellt zu werden!

Wie kläglich es um die Rechtfertigungsgründe der Vertheidiger der Köllerpolitik bestellt ist, beweist eine Auslassung der agrarischen „Deutschen Tageszeitung“. Sie wurmt es furchtbar, daß die oppositionelle Presse immer mit so großem Recht auf die unschuldigen Opfer der Ausweisungspolitik hinweisen kann. Und um zu beweisen, daß es auch „Schuldige“ unter den Ausgewiesenen giebt, wird dem „Flensborg Avis“ nacherzählt, daß ein Knecht Jens Andresen aus Ballum, als das Ausweisungsprotokoll unterschrieben war, den Amtsvorsteher gefragt habe: „Darf ich denn auch nicht wiederkommen, wenn es nun wieder dänisch hier wird?“ Als der Amtsvorsteher ihn darob zornig angefahren habe, habe Jens gemeint: „Ich nehme ja nur an, daß es dänisch werden solle.“

Das will das Agrarierblatt als Beweis gelten lassen, daß die ausgewiesenen Dienstmädchen und Dienstknechte nicht so ganz unschuldig sind, während jeder vorurtheilslos die Dinge betrachtende Mensch darin nur den Ausdruck äußerster Harmlosigkeit finden kann.

Friedliche Beziehungen der Völker auf wirthschaftlichem Gebiet sind den Agrariern ein Dorn im Auge; ihr „Ideal“ ist der allgemeine Zollkrieg, um Deutschland nach Möglichkeit gegen die ausländische Zufuhr absperren zu können, damit die Junker es in der Hand haben, die Bevölkerung nach besten Kräften zu brandschatzen. Schon die zarte Andeutung der „Köln. Ztg.“, die wir gestern mittheilten, daß man nicht die Absicht habe, bei der Fleischschau Amerika besonders rigoros zu behandeln, hat die agrarische „Deutsche Tagesztg.“ in blinde Wuth versetzt. Sie poltert los:

„Wird einer unserer Leser uns übel nehmen, wenn wir dieser Leistung gegenüber unser Urtheil dahin zusammenfassen, daß sie unerhört sei? Ein deutsches Blatt macht ohne jede Verhüllung darauf aufmerksam, daß ein geplantes Gesetz den ausländischen Interessen dienen solle. Das übertrifft noch die erstaunlichste Leistung des Vollblutcapriviismus. Diese Art von Demuth vor dem Auslande, diese Art von Betteln um die Gunst einer Nation, die uns hochmüthig und widerrechtlich behandelt hat, ist so unwürdig, daß wir in unserem Sprachschatze keine angemessene Bezeichnung dafür haben . . . Und welchen Eindruck soll denn derartiges Kriechen vor Amerika im Inlande machen? Für ein Fleischbeschaugesetz, das zugestandenermaßen den Interessen Amerikas, also der ausländischen Fleischzufuhr, dienen soll, von dem mit Recht behauptet werden kann, daß es die Einfuhr erleichtere, danken wir ergebenst. Wir sollen dem heimischen Landwirth und dem heimischen Schlachter Lasten über Lasten aufbürden und das Ausland bevorzugen? Dafür wird die Mehrheit des Reichstages keineswegs zu haben sein, noch viel weniger aber dafür, daß sie den Erlaß von Einfuhrverboten dem Bundesrathe überläßt, wenn schon von vornherein in solcher Weise angedeutet wird, daß der Bundesrath die amerikanischen Interessen nicht verletzen werde. Ein Gutes hat der Artikel gehabt. Er hat uns die Augen vollkommen geöffnet. Es sollte uns freuen, wenn die Regierung im Stande wäre, sofort öffentlich zu erklären, daß sie mit den Ausführungen der „Köln. Ztg.“ absolut nichts zu thun habe.“

Dieses blödsinnige Gezeter ist nur erklärlich, wenn man annimmt, daß sich bei den Agrariern schon die fixe Idee herausgebildet hat, die wirthschaftspolitischen Beziehungen zum Ausland hätten nur noch den Zweck, das Ausland zu ärgern. Uebrigens hat das Blatt in seiner Wuth verrathen, worauf es ihm beim Fleischschaugesetz ankommt: nicht auf den Schutz der Gesundheit, sondern um die Hinausdrängung fremder Fleischwaaren, damit das „nationale Schwein“ den adeligen und nichtadeligen Schweinezüchtern den Beutel fülle.

Nicht befriedigte Agrariergier war es, die dem preußischen Landwirthschaftsminister v. Hammerstein-Loxten den Titel „Null“ zuerkannte. Der Herr v. d. Groeben-Arenstein hatte es bis zu mehr als standesgemäßer Verschuldung seines Grundbesitzes gebracht und faßte nun den pfiffigen Plan, sich mit Staatshülfe wieder flott zu machen, welcher Gedanke ihm ja als Agrarierhäuptling und Reichstagsabgeordneter sehr nahe lag. Er wollte sein Gut Arenstein in eine „Genossenschaft“ umwandeln, und hat den beiden Ministern Hammerstein und Miquel zugemuthet, dazu eine Million Staatsgelder herzugeben! Das ist ihm abgeschlagen worden. Vielleicht wird er nachträglich auch Herrn v. Miquel für eine Null erklären.

Wenn man diese echt junkerliche Dreistigkeit sieht, verwundert man sich schließlich über nichts mehr. Wie lange es wohl noch dauern mag, bis die „Edelsten und Besten“ Ostelbiens den Antrag stellen, man möge ihnen die Schlüssel zum Juliusthurm in Spandau übergeben, damit sie à discretion aus den Goldvorräthen schöpfen könnten.

Die pfälzischen Nationalliberalen sind am 8. d. M. in Neustadt zum „Parteitag“ beisammen gewesen und haben sich insofern als bescheidene Leute gezeigt, als sie sich mit dem Vorgehen des Bundes der Landwirthe, der ihnen bekanntlich so ziemlich allen ihren einst so mächtigen Einfluß in der Pfalz geraubt hat, dadurch abfanden, daß sie den Bund als — nationalliberal bezeichneten. Reichstagabgeordneter Gauder erklärte nämlich, daß der Bund der Landwirthe in der Pfalz nur nationalliberal sein könne. Man könne den Bund der Landwirthe innerhalb der nationalliberalen Partei ganz ruhig seiner Wege gehen lassen. Man könne ein Mitglied des Bundes der Landwirthe sein, und doch bis in die Knochen nationalliberal. Rechtsanwalt Platz von Zweibrücken führte aus, man solle den pfälzischen Bauern ihren nationalliberalen Rock und ihr bauernbündlerisches Hemd lassen. Landrath Keller von Lauterecken trat ebenfalls für den Bund der Landwirthe ein. Einen komischen Eindruck machen die Ausführungen des bekannten Dr. Bürklin: Die nationalliberale Partei dürfe über den nationalen Gesichtspunkten auch die liberalen nicht vergessen, sie müsse freisinnig sein, die Augen vor den Zeichen der Zeit nicht verschließen, einem mäßigen Fortschritt huldigen, sie müsse freimüthig sein sowohl nach oben wie nach unten.

Ein „nach Oben“ freimüthiger Nationalliberaler — das wäre in der That einmal etwas Neues, und wenn Dr. Bürklin, der Intendant des Hoftheaters in Karlsruhe, selbst einmal die Rolle des Marquis Posa spielen wollte, müßte sich das prächtig machen.

Ein städtisches Arbeitersekretariat ist in Ulm errichtet worden. Es ist mit dem städtischen Arbeits- und Wohnungs-Vermittlungsamt verbunden und hat die Aufgabe, Jedermann, insbesondere Unbemittelten, Arbeitern, Dienstboten, Handwerkern, Händlern, kleinen Unternehmern u. s. w. Rath und Auskunft zu gewähren, namentlich in Sachen der sozialpolitischen Gesetzgebung, in Steuer-, Schul-, Militär-, Unterstützungs-, Vormundschafts-, Erbschafts- und dergleichen Fragen. Auch hat das Sekretariat Schriftsätze, Eingaben ꝛc. anzufertigen. Die Rathschläge und Auskünfte werden kostenlos gegeben; für Schriftsätze ist eine Gebühr von 10 ₰ für die Seite zu entrichten.

Gegen die Zuckerprämien macht sich in England eine Bewegung geltend. Am Montag fand eine stark besuchte Versammlung der „Anti-Sugar-Bounty-League“ statt. Alle Zucker produzirenden englischen Kolonien, Indien und Kanada waren vertreten. Die Redner tadelten die Unthätigkeit der Regierung in der Zuckerprämienfrage. Es wurde einstimmig ein Beschlußantrag angenommen, in welchem die Regierung ersucht wird, unverzüglich ein Abkommen mit Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien und Holland abzuschließen, durch welches die Zuckerausfuhrprämien abgeschafft werden und den Zuckerproduzenten Sicherheit auf den offenen britischen Märkten vor staatlich unterstütztem Wettbewerb garantirt wird.

Der Versuch ist ja schon in Brüssel gemacht, aber bekanntlich gescheitert. Einmal in die Prämienwirthschaft hineingerathen, kommt man ohne Opfer nicht wieder heraus. Die Zuckerinteressenten haben aber viel zu sehr das Ohr der Regierung, als daß sie ihnen wehthun möchte.

Eine neue Friedensliga, nämlich eine Vereinigung zu Gunsten der Abrüstung, ist in England gebildet worden. Deren Generalkommission berieth dieser Tage die Mittel zur Herbeiführung einer entsprechenden Bewegung in den Ländern des Festlandes und erwog die Frage der Massenvertheilung bezüglicher Schriften. Die Führer der englischen Arbeiterpartei unterzeichneten einen Aufruf an die Arbeiterklasse zu Gunsten des Friedens. Die Bewegung schreitet andauernd fort. In den hauptsächlichsten Provinzstädten werden öffentliche Versammlungen organisirt, die sich mit der Frage beschäftigen sollen.

Das antiklerikale Kartell in Belgien macht den dortigen Ultramontanen nicht wenig Kopfschmerzen, namentlich seitdem sich durch die große Demonstration, die am Sonntag vor dem Marnix-Denkmal in Brüssel stattfand, gezeigt hat, daß nicht nur die Parteiführer, sondern die Volksmassen darin übereinstimmen, daß bei aller sonstigen Verschiedenheit der Parteianschauungen, doch die Vernichtung der klerikalen Herrschaft das erste Ziel aller freiheitlich Gesinnten sein muß. Die ultramontane „Köln. Volks-Ztg.“ schildert die Demonstration in einer Weise, die neben dem Aerger auch die Furcht deutlich genug ausdrückt: „In der That haben dies Mal die starrsten Doktrinäre ihren Gefühlen Zwang angethan, und man konnte sie sozusagen Arm in Arm mit den Leuten von der phrygischen Mütze zum Marnix-Denkmale, daß neben denjenigen von Egmont und Horn steht, schreiten und nachher mit Vandervelde und Furnémont gemeinsam auf die Estrade eines Volks-Tanzlokales steigen sehen, wo die Herren Einer nach dem Anderen ihr anti-klerikales Sprüchlein hersagten oder vielmehr vom Blatte ablasen. Etwa 1500 Personen waren im Straßenzuge, Andere warteten am Eingange des Sablonplatzes, wo das Denkmal steht, auf die Ankunft des Zuges. Sehr zahlreich waren die Fahnen, unter denen die rothen mit phrygischer Mütze und Beil überwogen. Nicht unerwähnt darf es bleiben, daß den Reigen der Redner der Sozialist Furnémont eröffnete und der Sozialist Vandervelde schloß, während Doktrinär-Liberale und Radikale zwischen diesen Beiden zum Worte kamen. Den Umstand, daß er das Schlußwort hatte, wußte Vandervelde geschickt sich zu Nutze zu machen, indem er darauf hinwies, daß Marnix vor mehr als dreihundert Jahren sich auf die gueux, die Bettler, stützte und dadurch zu seinen Erfolgen gelangte; so habe auch jetzt und in Zukunft das Bürgerthum seine Kraft bei den Arbeitern zu suchen, ohne deren Beistand künftige politische Erfolge nicht mehr möglich seien. Das war die richtige Tonart, und der lärmende Beifall, welcher diese Worte begrüßte, hätte den anwesenden Liberalen sagen müssen, daß Anseele nicht allein es in seiner Partei ist, welcher von den Liberalen denkt, daß sie nur noch unter den Falten der rothen Fahne existenzberechtigt sind.“

Die Verdächtigung der Kriminalkammer des Kassationshofes, die von einem bisherigen Mitglied dieses höchsten Gerichts der französischen Republik ausgeht, wird fortgesetzt. Herr Quesnay de Beaurepaire, augenscheinlich bemüht, sich lieb Kind bei den Generalen und — den Thronprätendenten zu machen, hat im „Echo de Paris“, wie wir schon kurz meldeten, seine Vorwürfe gegen seine bisherigen Kollegen niedergelegt. Es lohnt sich nicht, das theilweise ganz kindische Gewäsch wiederzugeben. Es genüge, die „sieben Fragen“ aufzuführen, die er zum Gegenstand einer Enquete gemacht wissen will: 1) An einem anderen Tage, als am 24., hat Bard den Oberstlieutenant Picquart in seinem Aufenthaltszimmer im Justizpalast aufgesucht und ihn auch dort gefunden. 2) Der Vorsitzende Loew hatte ebenfalls Begegnungen mit Picquart. 3) Der Gensdarmeriehauptmann Erqué war bestürzt über die außerordentliche Gefälligkeit, welche die Richter Picquart gegenüber an den Tag legten, und ließ sich eines Tages zu der Erklärung hinreißen: ich hatte bisher immer große Achtung vor der Justiz, aber ist denn das Justiz? 4) Der Vorsitzende Loew soll einmal Picquart nach seiner Zeugenaussage ein erfrischendes Getränk haben auftragen lassen. 5) Herr Bard gab eines Tages nach 5 Uhr Abends einem Büreaudiener Befehl, einen warmen Grog für Picquart zu bereiten. Der Büreaudiener war ebenfalls bestürzt über diesen Befehl und rief aus: „So viel thut man für unsere Generale nicht! Ueberall hat man nur Gefälligkeiten für Picquart. Ich soll ihm einen Grog bereiten, lieber würde ich ihm ein Brechmittel vorsetzen!“ (Der „Matin“ theilt mit, daß auch dem früheren Kriegsminister Billot während des Verhörs in Folge eines Unwohlseins ein Grog überreicht worden sei.) 6) Ein Gerichtsdiener berichtete seinem Vorgesetzten, daß er Bard in einer Ecke der Gänge mit den Advokaten Dreyfus' und Zolas in Unterredung angetroffen habe. 7) Bard beauftragte einen Gerichtsdiener, Picquart zu melden, daß man ihn nicht bis nach 4 Uhr vernehmen könne, und fügte hinzu, der Diener möchte weiter Picquart das Bedauern des Kassationshofes mittheilen, daß er ihn so lange warten lasse. Der Diener beschränkte sich aber darauf, dem Gensdarmeriehauptmann Erqué diesen Auftrag zu geben. Dieser weigerte sich, einem aus der Armee gestrichenen Offizier das Bedauern des Kassationshofes auszusprechen. — Als Kernpunkt des schrecklichen Verbrechens bleibt also ein — Grog, den einem erschöpften Zeugen zu verschaffen, ein Richter so höflich war.

Augenscheinlich hat Beaurepaire die Nothwendigkeit eingesehen, auch noch etwas Ernsthaftes zu sagen, und so veröffentlicht er einen zweiten Artikel, der neue „Thatsachen“ aufzählt, worauf sich eine neue Enquete gründen könnte. Die öffentliche Meinung verlange, man dürfe an dem Urtheil des Kriegsgerichtes nicht rühren, bevor nicht die Unparteilichkeit der Richter festgestellt und ein gesetzmäßiges Vorgehen garantirt sei. Die Anhänger Dreyfus geständen selbst ein, sie verlangen einwandfreie Richter. Man müsse daher an die Stelle der 15 Mitglieder der Kriminalkammer die 29 Richter setzen, die den gesammten Kassationshof bilden. Eine Weigerung der Anhänger Dreyfus' würde einem Eingeständniß der Schuld Dreyfus' gleichkommen. Beaurepaire verlangt von dem Justizminister eine umfassende Untersuchung und anderweite Regelung des zuständigen Gerichtshofes.

Die Zeitungserörterungen über die Erklärungen Quesnay de Beaurpaires sind leidenschaftlicher wie zu irgend einer Zeit seit dem Beginn der Dreyfuswirren. „Gaulois“ schreibt: „Die Gerechtigkeit zerbröckelt und schwankt; bald wird sie in Tr